

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Beschlussorgan: Finanzausschuss	Sitzung vom: 17.03.2026	Niederschrift zur Sitzung FI/001/2025
------------------------------------	-------------------------	--

Auszug:

Öffentlicher Teil

7.1. Anträge der Fraktionen

Protokoll:

In der Sitzung des Finanzausschusses wurde beschlossen, die Beratung der Anträge zum Haushaltsentwurf 2026 in die Sitzung des Kreistages am 25. März 2026 zu verschieben.

Zunächst präsentiert Kreiskämmerer Djir-Sarai eine Prognose der Ergebnisrechnung auf Grundlage der vergangenen Beratung. Diese ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Thiel merkt an, dass mit dem globalen Minderaufwand keine tatsächliche Einsparung vorgenommen werde, und fragt, wie mit einem potenziellen Fehlbetrag umgegangen werde.

Kreiskämmerer Djir-Sarai führt aus, dass es drei Möglichkeiten gebe:

1. Verrechnung mit der Ausgleichsrücklage,
2. Verrechnung mit der Allgemeinen Rücklage
3. Verrechnung mit späteren Haushaltsjahren (Verlustvortrag)

Kreiskämmerer Djir-Sarai ist jedoch optimistisch, dass eine Einsparung in Höhe von 0,5 % des globalen Minderaufwandes erreicht werden könne.

Zu Beginn der Antragsberatung beantragt Frau Borggräfe, den Antrag der SPD mit der laufenden Nummer 7.1.41 zuerst zu beraten. Dies wird einstimmig angenommen.

Die Ergebnisse der Antragsberatung werden im Folgenden aufgeführt.

Nach der Beratung der Anträge halten die Vorsitzenden der Fraktionen ihre Haushaltsreden in folgender Reihenfolge: CDU, SPD, AfD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke/Die Partei, UWG/Zentrum, BSW. Die Reden zum Haushalt werden der Niederschrift beigelegt.

7.1.1. Die Linke/Die PARTEI: Einstellung des Jugendkreistages

Protokoll:

Anfrage:

Nach den Unterlagen zum Haushaltsplan 2026 ist vorgesehen, den Jugendkreistag einzustellen. Vor diesem Hintergrund bittet die Fraktion Die Linke / Die PARTEI um Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchen konkreten Gründen soll der Jugendkreistag eingestellt werden?
2. Wie haben sich die Teilnehmendenzahlen und das Interesse am Jugendkreistag in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
3. Wurden ausreichende Maßnahmen zur Bewerbung des Jugendkreistages durchgeführt?
 - a. Welche konkreten Werbemaßnahmen wurden ergriffen (z. B. Schulen, Social Media, Jugendzentren)?
 - b. Welches Budget stand für die jeweiligen Werbemaßnahmen zur Verfügung?
4. Wurden Rückmeldungen von Jugendlichen, Schulen oder Jugendverbänden zur Attraktivität des Formats eingeholt? Falls ja, mit welchem Ergebnis?
5. Richteten sich die im Zusammenhang mit dem Jugendkreistag vorgesehenen Vorträge und Veranstaltungen primär an Jugendliche oder waren sie als Präsentationen vor dem Kreistag vorgesehen?
6. Welche alternativen Beteiligungsformate für Jugendliche sind zukünftig geplant?

Antrag:

Frau Borggräfe beantragt, den Ansatz für den Jugendkreistag im Jahr 2026 zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: AfD (9)

7.1.2. Bündnis 90/Die Grünen: Einführung von Hybrid-Ausschusssitzungen

Protokoll:

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, für jeden Ausschuss des Rhein-Kreis Neuss mindestens eine Sitzung pro Jahr als Hybrid-Sitzung zu terminieren, um Fahrtkosten zu sparen.

Aussprache:

Herr Markert führt aus, dass dies zunächst im Personal- und Mobilitätsausschuss getestet werden solle.

Herr Thiel bittet um eine Klarstellung, ob dies im Hinblick auf nicht öffentliche Ausschüsse und geheime Abstimmungen rechtlich möglich sei.
Landrätin Reinhold erklärt, dass dies geprüft werde.

Anschließend stellt Herr Wappenschmidt klar, dass es sich zunächst um einen Test handle.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
Enthaltungen: Die Linke/Die Partei (2)

7.1.3. SPD: Finanzierung der Partnerschaft mit dem Kreis Mikolów

Protokoll:

Antrag:

Die Kosten der Besuche der Partnerschaftskomitees im Rahmen der Partnerschaft zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und dem Kreis Mikolów werden in Zukunft nach dem „Gastgeber-Prinzip“ aufgeteilt.

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.4. SPD: Preisverleihungen im Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Antrag:

- Alle nachfolgenden Preisverleihungen des Rhein-Kreises Neuss – Integrationspreis, Umweltpreis, Ehrenamtspreis Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, Ehrenamtspreis Soziales, Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, Friedestrompreis-Verleihung, Verleihung der Franz-Peter-Kürten-Auszeichnung – werden auf einen 3-Jahres-Rhythmus umgestellt.
- Der Journalistenpreis Pro Ehrenamt – Hermann Wilhelm Thywissen-Preis wird ersatzlos gestrichen.
- Die Sportlerehrung sowie der Sportehrenamtspreis des Rhein-Kreises Neuss erfolgt nicht mehr auf einer eigenen Veranstaltung, sondern in wechselnden Kooperationen mit einer kreisangehörigen Kommune im Rahmen von deren Sportlerehrungen.
- Die Ehrung des Schwimmbzeichen-Wettbewerbs an Grundschulen soll aufgrund fehlender Zuständigkeit nicht fortgesetzt werden.

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Zustimmung: SPD (15), Bündnis 90/Die Grünen (8), AfD (9), BSW (1)

7.1.5. SPD: Veranstaltungen des Rhein-Kreises Neuss

Protokoll:Antrag:

- Das Familienfest des Rhein-Kreises Neuss findet alle drei Jahre statt.
- Darüber hinaus werden folgende Grundsätze für Veranstaltungen des Rhein-Kreises Neuss beschlossen:
 - Die Kreisverwaltung prüft, insbesondere bei Veranstaltungen an Bildungseinrichtungen wie Schulen oder Kitas, ob eine Zuständigkeit besteht.
 - Die Kreisverwaltung bemüht sich aktiv um weitere Kooperationspartner und ein höheres Sponsoring bei ihren Veranstaltungen.
 - Die Kreisverwaltung verzichtet auf Zusatzleistungen, zum Beispiel Bustransfers oder ähnliches.
 - Die Kreisverwaltung organisiert Veranstaltungen grundsätzlich in kreiseigenen Räumlichkeiten.
 - Die Kreisverwaltung stellt deutlicher heraus, dass sie Organisator der jeweiligen Veranstaltung ist.
 - Die Kreisverwaltung verzichtet auf sich ähnelnde Veranstaltungsformate bzw. fasst Doppelungen zusammen.

Modifizierter Antrag:

Frau Borggräfe führt aus, dass der Antrag dahingehend geändert werden solle, dass Kriterien für Veranstaltungen des Rhein-Kreises Neuss erarbeitet würden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.6. CDU & FDP: Bevölkerungsschutz Portal

Protokoll:Antrag:

Der Finanzausschuss beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt auf der Internet-Präsenz des Rhein-Kreises Neuss ein Bevölkerungsschutz Portal (analog zur Stadt Essen; siehe hier: https://www.essen.de/essenaktuell/bevoelkerungsschutz_portal.de.jsp) einzurichten.

Die hierfür erforderlichen Mittel sollen aus dem aktuellen Haushalt (Produkt: 010.111.020) finanziert werden.

Aussprache:
keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: AfD (9)

7.1.7. CDU & FDP: Begrenzung externer Gutachten und Beratungsleistungen

Protokoll:

Antrag:

Der Finanzausschuss beschließt: Vor der Beauftragung externer Gutachten, Studien und Beratungsleistungen ist künftig ein Wirtschaftlichkeitsnachweis vorzulegen. Einsparzielgröße im Haushalt (Produktkonto 529100 – Sach- und Dienstleistungen): Durch die Reduktion externer Leistungen um ca. 3 % sollen rund 3,8 Mio. EUR eingespart werden.

Aussprache:

Herr Thiel erfragt, ob die Kreisverwaltung tatsächlich die im Antrag genannte Höhe für externe Gutachten ausbebe.

Kreisdirektor Brügge führt hierzu aus, dass es sich um ein Missverständnis handele. Die im Antrag genannte Summe sei die Gesamtsumme der Sach- und Dienstleistungen, zu denen auch viele andere Maßnahmen gehörten. Die Kreisverwaltung vergibt Gutachten ausschließlich, wenn die erforderliche Expertise nicht vorhanden sei. Die Beauftragung externer Gutachten, Studien und Beratungsleistungen sei nicht in dieser Höhe etatisiert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.8. CDU & FDP: Befristetes Stellenmoratorium

Protokoll:

Antrag:

Der Finanzausschuss beschließt, den Ansatz des Produktkontos 501100 im Haushaltsjahr 2026 auf das zwingend erforderliche Maß zu begrenzen. Neue Stellen werden ausschließlich eingerichtet, wenn hierfür ein nachgewiesener sachlicher Bedarf besteht oder sie in sicherheitsrelevanten Bereichen erforderlich sind. Entsprechende Stellenbedarfe sind nachvollziehbar zu begründen und darzustellen. Geförderte oder projektbezogene Stellen, deren Finanzierung ausläuft, werden nur dann fortgeführt, wenn hierfür ebenfalls ein nachgewiesener sachlicher Bedarf

besteht oder sicherheitsrelevante Gründe vorliegen. Andernfalls laufen diese Stellen mit dem Ende der Förderung aus.

Aussprache:
keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.9. SPD: Schaffung einer Stabsstelle „Fördermittelmanagement“

Protokoll:

Antrag:

- Die Kreisverwaltung richtet eine Stabsstelle „Fördermittelmanagement“ ein.
- Die Stabsstelle identifiziert proaktiv ungenutzte Förderpotenziale und koordiniert den gesamten Prozess von der Beantragung über die Umsetzung bis zur Evaluation innerhalb der Kreisverwaltung. Als zentrale Schnittstelle vernetzt sie die bestehenden Fachzuständigkeiten, etabliert ein systematisches Fördermittelcontrolling sowie ein einheitliches Berichtswesen für die politischen Gremien.
- Im Haushalt werden Finanzmittel für die Schaffung einer Vollzeitstelle für eine Stabsstelle „Fördermittelmanagement“ bereitgestellt.

Aussprache:
keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.10. UWG/FW-Zentrum: Bilanz der Fördermittelakquise

Protokoll:

Antrag:

Die Verwaltung stellt eine Bilanz der Fördermittelakquise für das Jahr 2025 auf und stellt dem Ausschuss ihre Vorgehensweise vor. Außerdem soll der Plan für 2026 erläutert werden.

Aussprache:

Frau Borggräfe führt aus, dass bereits in der vergangenen Wahlperiode beschlossen worden sei, dem Kreistag in regelmäßigen Abständen einen Bericht zuzuleiten.

Herr Thiel merkt an, dass bisher kein Bericht vorliege. Darüber hinaus sei die Intention des Antrags nicht nur, bereits vereinnahmte Fördermittel darzustellen, sondern auch zukünftig geplante.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 7.1.11. SPD: „Kostenwahrheit“ bei öffentlich geförderten Projekten im Rhein-Kreis Neuss herstellen

Protokoll:

Antrag:

- Die Kreisverwaltung weist künftig bei öffentlich geförderten Projekten zusätzlich zum Förderumfang und einem ggf. durch den Fördergeber vorgeschriebenen Eigenanteil auch die darüber hinaus für die Kreisverwaltung anfallenden Zusatzkosten auf. Darunter fallen beispielsweise die Einholung von Beraterleistungen (für Gutachten o.ä.), der Einsatz eigener Personalressourcen oder Kosten für die (Vor-) Finanzierung der Fördersumme sowie des Eigenanteils.
- Im Antragsprozess für eine öffentliche Förderung gibt die Verwaltung eine Prognose zu den möglichen Zusatzkosten ab. Während der Umsetzung der geförderten Maßnahme und zum Abschluss stellt die Kreisverwaltung – im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung in den politischen Gremien – die tatsächlich entstandenen Zusatzkosten sowie deren detaillierte Zusammensetzung dar.
- Die Verwaltung stellt darüber hinaus dar, ob und welche besonderen Fördermittelbedingungen existieren und wann und unter welchen Modalitäten die Auszahlung der jeweiligen Förderung erfolgt.

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 7.1.12. SPD: Fort- und Weiterbildungen der Kreisverwaltung - Demokratie & Verwaltung

Protokoll:

Antrag:

- Bei den angebotenen Fort- und Weiterbildungen für Verwaltungsmitarbeitende wird zukünftig als zusätzliches Bildungsangebot für Beschäftigte des Rhein-

Kreises Neuss der Schwerpunkt „Grundlagen der Demokratie“ integriert und gefördert. Damit werden Verwaltungsmitarbeitende sensibilisiert und für ihre Rolle im demokratischen Prozess gestärkt. Die Notwendigkeit von parteipolitischer Neutralität, Möglichkeiten des persönlichen Schutzes und die Grundlagen für den Schutz der Verfassung sollen Bestandteil dieser Maßnahme sein.

- Die Kreisverwaltung nimmt hierfür Kontakt mit der Initiative „Verwaltung für Demokratie e.V.“ (verwaltung-fuer-demokratie.de) auf und prüft, ob das Technologiezentrum Glehn als Partner fungieren und entsprechende Angebote im Fortbildungsprogramm für die Beschäftigten des Kreises – insbesondere für Stellen, die in Kontakt mit der Politik stehen – schaffen kann.

Aussprache:

Herr Thiel erfragt, ob in der Verwaltung hierfür Bedarf bestehe.

Kreisdirektor Brügge führt aus, dass der Fortbildungskatalog dadurch erweitert werden solle und eine Teilnahme freiwillig wäre.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: AfD (9)

7.1.13. SPD: Urban Sports Club

Protokoll:

Antrag:

- Im Rahmen der Gesundheitsförderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung wird das kostenlose Paket „Urban Sports Paket S“ nicht mehr angeboten, sondern nur noch Pakete ab der Stufe M (mit Eigenanteil).
- Die damit verbundene Haushaltsstelle 54110070 „Bonus-Programm für Mitarbeitende“ wird von 70.000 Euro auf 50.000 Euro (Ansatz 2025) reduziert.

Aussprache:

Herr Thiel führt aus, dass das Angebot von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung positiv angenommen werde und er die Kürzung vor diesem Hintergrund kritisch sehe.

Frau Borggräfe führt aus, dass aufgrund einer Ermächtigungsübertragung Mittel bereitstünden.

Herr Thiel fragt, wieso eine Ermächtigungsübertragung möglich sei, obwohl das Angebot vollständig in Anspruch genommen wurde.

Dezernent Kupper führt aus, dass der Ansatz nur anteilig in Anspruch genommen worden sei, da das Programm nicht mit Jahresbeginn gestartet sei.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.14. Bündnis 90/Die Grünen: Wasser sparen – Ressourcen schonen und Haushalt entlasten

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt mit dem Haushaltsjahr 2026 beginnend einen Titel für wassersparende Maßnahmen – insbesondere in Kreisgebäuden – einzuführen und jährliche Mittel in Höhe von € 20.000 für geeignete Maßnahmen bereit zu stellen.

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: AfD (9)

7.1.15. SPD: Stärkung der IT-Sicherheit in der Kreisverwaltung

Protokoll:

Antrag:

- Die Kreisverwaltung schafft eine zusätzliche Stelle für operative IT-Sicherheit.
- Die Kreisverwaltung prüft die Implementierung von weiteren Werkzeugen zur IT-Sicherheit, etwa die Einbindung KI-gestützter Lösungen, und schafft dafür sowie für externe Unterstützung bei sicherheitsrelevanten Sonderlagen ein zusätzliches Budget in Höhe von 100.000 Euro.
- Die Kreisverwaltung strebt ein KRITIS-vergleichbares Schutzniveau an.

Modifizierter Antrag:

Frau Borggräfe ändert den Antrag dahingehend, dass für die IT-Sicherheit insgesamt 150.000 Euro bereitgestellt werden sollen. Aus diesem Budget solle eine Stelle geschaffen werden. Die verbleibenden Mittel sollten für Maßnahmen der IT-Sicherheit verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: AfD (9)

7.1.16. UWG/FW-Zentrum: Unterstützung der Tierheime im Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Antrag:

Die Unterstützung der Tierheime im Rhein-Kreis Neuss soll in Zukunft möglichst direkt durch den Kreis erfolgen und somit die Kommunen entlasten. Nach erfolgreichen Gesprächen mit den Kommunen werden die Mittel ab 2027 im Haushalt bereitgestellt. Für die Vorbereitung werden Mittel in Höhe von 5.000,- in den Haushalt eingestellt.

Aussprache:

Frau Schenke führt aus, dass der Antrag abgelehnt werden solle, da sich die Verwaltung hierzu bereits in Verhandlungen befinde. Dies bestätigt Dezernent Küpper.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Zustimmung: Die Linke/Die Partei (4), UWG/Zentrum (2)

7.1.17. UWG/FW-Zentrum: Bereitstellung von Mitteln zur erforderlichen weiteren Katzenkastration im Kreisgebiet

Protokoll:

Antrag:

Für das Jahr 2026 werden erneut € 20.000, - für die Fortführung der erfolgreichen Katzenkastrationsprogramme auf Kreisebene bereitgestellt.

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: AfD (9)

7.1.18. CDU & FDP: Rettungswesen – Jugendfeuerwehr

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz (neu)	Veränderung
171	020.126.010	53180590	Jugendfeuerwehr	10.000 €	+2.000 €

Aussprache:

Herr Wappenschmidt ändert den Antrag dahingehend, dass der Haushaltsansatz um 1.000 € erhöht werden solle.

Daraufhin schlägt Frau Borggräfe vor, die Anträge mit den laufenden Nummern 7.1.18 und 7.1.19 gemeinsam zu beraten. Dies wird einstimmig beschlossen.

Modifizierter Antrag:

- Der Zuschuss für die Jugendorganisation der Feuerwehren im Rhein-Kreis Neuss wird um 1.000 Euro erhöht.
- Der Zuschuss wird in den kommenden Jahren automatisch und jährlich an die Inflation angepasst.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 7.1.19. SPD: Erhöhung des Zuschusses der Jugendorganisation der Feuerwehren im Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Antrag:

- Der Zuschuss für die Jugendorganisation der Feuerwehren im Rhein-Kreis Neuss wird auf 5.000 Euro erhöht. Der Betrag der HH-Stelle ist entsprechend anzupassen (Sachkonto: 53180590, Seite 185 / HH-Entwurf 2026).
- Der Zuschuss wird in den kommenden Jahren automatisch und jährlich an die Inflation angepasst.

Aussprache:

Vgl. lfd. Nr. 7.1.18

- 7.1.20. CDU & FDP: Rettungswesen – Nachwuchsförderung Hilfsorganisationen

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
176	020.127.010	54120010	Aus- und Fortbildung	10.000 €	+4.500 €

Modifizierter Antrag:

Herr Wappenschmidt ergänzt, dass maximal 1.000 Euro pro Organisation gefördert werden sollen. Darüber hinaus solle hier, analog zur Förderung der Jugendfeuerwehr, eine jährliche Anpassung an die Inflation erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.21. CDU & FDP: Rettungswesen – Kreisweite Übung

Protokoll:

Antrag:

Die Fraktionen CDU und FDP beantragen die Wiedereinstellung eines Postens für eine Kreisweite Übung unserer Rettungsdienste und Hilfsorganisationen, in Höhe von 10.000€.

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.22. Die Linke/Die PARTEI: Förderung für christliche Schulen

Protokoll:

Antrag:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Haushaltsansatz im Produkt 030.217.010 „Förderung für christliche Schulen“ im Haushaltsjahr 2026 auf 0 Euro festzusetzen.

Die hierdurch eingesparten Mittel werden zur Haushaltskonsolidierung verwendet.

Aussprache:

Herr Schiffer führt an, dass er den Antrag dahingehend abändern wolle, dass die Verträge nach Ende der Laufzeit nicht verlängert würden, und bittet um Prüfung, ob eine Kündigung der Verträge möglicherweise auch bereits zu einem früheren Zeitpunkt möglich sei.

Frau Borggräfe und Herr Wappenschmidt schlagen vor, die Thematik im Arbeitskreis Finanzen erneut aufzugreifen.

Herr Schiffer erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Modifizierter Antrag:

Der Antrag wird in den Arbeitskreis Finanzen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: AfD (9), CDU (7)

- 7.1.23. Bündnis 90/Die Grünen: Bereitstellung von Mitteln für Schulsozialarbeit an der Förderschule "Schule am Nordpark"

Protokoll:Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushalt 2026 Mittel für die Schulsozialarbeit an der Förderschule "Schule am Nordpark" bereitzustellen.

Modifizierter Antrag:

Frau Schenke modifiziert den Antrag dahingehend, dass dieser als Prüfauftrag formuliert werden solle.

Aussprache:

Herr Thiel erkundigt sich nach dem Verteilerschlüssel für die Schulsozialarbeiter an Förderschulen.

Dezernent Johnen erklärt, dass es keinen Verteilerschlüssel gebe. Er werde im Rahmen des Prüfauftrags die Bedarfe eruieren und die Verteilung entsprechend anpassen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: AfD (9)

- 7.1.24. SPD: Leitung des Kulturzentrums im Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:Antrag:

- Die Leitungsposition des Kulturzentrums des Rhein-Kreises Neuss am Standort Rommerskirchen-Sinsteden erhält im Personalplan den Vermerk „kw“ (künftig wegfallend).
- Die Leitung des Standorts Rommerskirchen-Sinsteden erfolgt nach dem Ausscheiden der aktuellen Besetzung durch den Standort Dormagen-Zons.
- Der Hauptstandort des Kulturzentrums des Rhein-Kreises Neuss wird dann der Standort Dormagen-Zons, der Standort Rommerskirchen-Sinsteden wird zur Außenstelle. Die Verwaltung beider Standorte wird zusammengeführt.

Modifizierter Antrag:

Frau Borggräfe modifiziert den Antrag dahingehend, dass ein entsprechender Sperrvermerk gesetzt werden solle, damit die Stelle nicht nachbesetzt werde. Alles Weitere würde sodann in den Kulturausschuss verwiesen.

Aussprache:

Dezernent Johnen macht darauf aufmerksam, dass die derzeitige Stelleninhaberin die Funktion noch einige Jahre ausübe.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.25. UWG/FW-Zentrum: Bezahlbare Pflegeheimplätze

Protokoll:

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Bei den allen Pflegeheimen im Rhein-Kreis Neuss die Kosten für die Unterbringung zu ermitteln und gegenüberzustellen. Bei sehr großen Ausbrüchen nach oben sollen diese hinterfragt und kontrolliert werden.
2. Es soll mit allen Betreibern ein Konsens über die Kosten gefunden werden.
3. Außerdem soll geprüft werden, wie in Zukunft möglichst weitere Fremdmittel bzw. Kostensenkungsmaßnahmen umgesetzt werden können.
4. Für diese Ermittlungen werden 5.000,- in den Haushalt eingestellt.

Aussprache:

Zunächst führt Kreisdirektor Brügge aus, dass der Kreistag in dieser Thematik keine Steuerungsmöglichkeit besitze. Darüber hinaus würde dieser Antrag zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand führen, der unverhältnismäßig zur Steuerungsmöglichkeit des Kreistages stünde.

Modifizierter Antrag:

Herr Thiel modifiziert den Antrag dahingehend, dass lediglich Nummer 1) bestehen bleibt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Zustimmung: UWG/Zentrum (2)

7.1.26. CDU & FDP: Erstellung eines Sozialplans

Protokoll:

Antrag:

Die Fraktionen von CDU und FDP beantragen, einen neuen Posten zur Erstellung eines Sozialplanes in Höhe von 80.000 € einzustellen und eine auf 4 Jahre befristete Projektstelle (Entgeltgruppe 12) einzurichten.

Aussprache:

Frau Borggräfe beantragt, die laufenden Nummern 7.1.26 und 7.1.27 gemeinsam zu beraten. Dies wird einstimmig beschlossen.

Modifizierter Antrag:

Der Rhein-Kreis Neuss erstellt eine Sozialplanung. Hierfür sollen im Haushalt 2026 44.000 Euro eingestellt werden, um eine zusätzliche Stelle zu finanzieren (halbes Jahr 2026).

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: AfD (9)

7.1.27. SPD: Erstellung einer Sozialplanung für den Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Antrag:

- Die Kreisverwaltung setzt eine kommunale Sozialplanung für den Rhein-Kreis Neuss um. Diese umfasst eine Bestandsaufnahme der sozialen Infrastruktur, um eine systematische Steuerung von sozialen Angeboten vorzunehmen, Bedarfe zu erkennen und die Effizienz und Effektivität der kreisweiten Angebotsstruktur zu gewährleisten.
- Die Umsetzung der Sozialplanung soll seitens der Kreisverwaltung in Zusammenarbeit mit der Landesgesellschaft G.I.B (Gestaltung, Innovation und Beratung in der Arbeits- und Sozialpolitik GmbH) erfolgen.
- Die Aufwendungen in Höhe von jährlich 88.000 Euro (440.000 Euro im Betrachtungszeitraum von fünf Jahren; 52911020: Kreisentwicklung) werden im Kreishaushalt bereitgestellt.
- Die Kreisverwaltung bemüht sich um eine finanzielle Förderung zur Umsetzung einer kommunalen Sozialplanung im Rhein-Kreis Neuss, um so den eigenen finanziellen Anteil zu reduzieren.

Aussprache:

Vgl. lfd. Nr. 7.1.26

- 7.1.28. Bündnis 90/Die Grünen: Verstärkung der Förderung für das Heldennetzwerk des Vereins Interkulturelle Projekthelden e.V.

Protokoll:

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushalt 2026 für das Heldennetzwerk des Vereins Interkulturelle Projekthelden e. V. 20.000 Euro bereitzustellen.

Aussprache:

Frau Schenke führt aus, dass der Antrag darauf abziele, 10.000 Euro aus den vorhandenen Mitteln für die Förderung bereitzustellen und den Haushaltsansatz um zusätzliche 10.000 € zu erhöhen. So würde das Heldennetzwerk mindestens 10.000 Euro und bei Bewilligung durch das Bündnis „Demokratie leben“ (ehemals Begleitausschuss) 20.000 Euro Förderung erhalten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: AfD (9)

- 7.1.29. Die Linke/Die PARTEI: Prüfauftrag „Konzept kostenfreie Periodenprodukte im Rhein-Kreis Neuss“

Protokoll:

Antrag:

Der Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, ein umsetzungsreifes Konzept zur Einführung kostenfreier Periodenprodukte im Rhein-Kreis Neuss zu erarbeiten und dem Kreistag bis zum 3. Quartal 2026 vorzulegen.

Modifizierter Antrag:

Herr Schiffer modifiziert den Antrag so, dass der Kreis den Kommunen eine 50-prozentige Förderung bei der Bereitstellung kostenfreier Periodenprodukte in städtischen Schulen ermöglicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
Zustimmung: Die Linke/Die Partei (4), Bündnis 90/Die Grünen (1)

7.1.30. CDU & FDP: Expertenveranstaltung Drogenprävention

Protokoll:

Antrag:

Die Fraktionen von CDU und FDP beantragen die Einstellung eines neuen Postens in Höhe von 5.000 € zur Finanzierung einer Expertenveranstaltung zum Thema Drogenprävention im Produkt 070.414.010 Gesundheitsschutz und -pflege.

Aussprache:

Frau Borggräfe führt aus, dass die beantragten Mittel nach Rücksprache mit den antragstellenden Fraktionen aus den bestehenden Ansätzen des Gesundheitsamtes bereitgestellt werden sollen.

Modifizierter Antrag:

Die Kreisverwaltung führt eine Expertenveranstaltung zum Thema Drogenprävention durch. Die Mittel werden aus dem Produkt 070.414.010 Gesundheitsschutz und -pflege bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.31. UWG/FW-Zentrum: Erhalt der Eissporthalle Neuss

Protokoll:

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit allen Kommunen und insbesondere mit der Stadt Neuss über den Erhalt der Eissporthalle einen Konsens zu finden und bei der Umsetzung zu unterstützen auch durch finanzielle Maßnahmen. Es werden 5.000,- für die ersten Maßnahmen in den Haushalt eingestellt.

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Zustimmung: AfD (9), UWG/Zentrum (2)

Enthaltungen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.32. SPD: Sportförderung im Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Antrag:

- Das Fördermanagement bzw. die „Förderlotsen“ für Sportvereine im Rhein-Kreis Neuss werden nicht weiter gefördert und die Finanzmittel in Höhe von 60.000 Euro (52911000: sonstige Dienstleistungen für Projekte) eingespart.
- Die Mittel zur Förderung der Geschäftsstelle des Sportbunds im Rhein-Kreis Neuss werden von den derzeit im Haushalt 2026 geplanten 50.330 Euro (53180470: Zuschüsse zur Förderung des Sports) auf 80.000 Euro erhöht.

Aussprache:

Herr Wappenschmidt merkt an, dass der erste Punkt des Antrags bereits erledigt sei.

Frau Borggräfe führt aus, dass die Mittel laut Geschäftsführung benötigt würden.

Frau Schenke ist der Meinung, dass die Mittel der Sportförderung ausreichen würden.

Kreisdirektor Brügge stimmt Frau Schenke zu. Es hätten Gespräche mit dem Kreissportbund stattgefunden; dabei habe Einvernehmen bestanden, dass eine Erhöhung der Haushaltsmittel nicht notwendig sei. Es werde jedoch ein Konzept mit dem Kreissportbund ausgearbeitet, wie es künftig weitergehe.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
Zustimmung: SPD (15)

7.1.33. SPD: Fortschreibung der Wohnungsbedarfsanalyse des Rhein-Kreises Neuss

Protokoll:

Antrag:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die durch das Institut InWIS Forschung im Jahr 2017 erstellte und 2021 fortgeschriebene Wohnungsbedarfsanalyse durch das Institut im Jahr 2026 erneut fortschreiben zu lassen. Die Finanzierung soll aus Mitteln der Kreisentwicklung erfolgen. Das Ergebnis der Fortschreibung ist spätestens in der zweiten Jahreshälfte im Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit vorzustellen und zu beraten.

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.34. SPD: Neuausrichtung des Nachhaltigkeitsmanagements im Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Antrag:

Das Nachhaltigkeitsmanagement sowie damit verbundene Projekte werden – fördermittelunschädlich – verschoben bzw. pausiert und der Haushaltsansatz um die so freigewordenen, kreiseigenen Finanzmittel reduziert.

Modifizierter Antrag:

Frau Borggräfe modifiziert den Antrag dahingehend, dass ein Sperrvermerk gesetzt werden solle und die Thematik in den Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss verwiesen werde.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: AfD (9)

7.1.35. Die Linke/Die PARTEI: Prüfauftrag „Kostenfreier ÖPNV im Rhein-Kreis Neuss“

Protokoll:

Antrag:

Der Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, die Einführung eines kostenfreien öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Rhein-Kreis Neuss zu prüfen und dem Kreistag bis zum 4. Quartal 2026 einen umfassenden Bericht vorzulegen.

Modifizierter Antrag:

Herr Markert schlägt vor, den Antrag in den Mobilitätsausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1.36. Bündnis 90/Die Grünen: Umsetzung des Biotopverbundkonzepts für das Rheinische Revier auf den Flächen im Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt für das Haushaltsjahr 2026 sowie für jedes weitere Jahr die entsprechenden Maßnahmen zur Schaffung eines Biotopverbund-Konzeptes mit 20.000 € zu unterstützen.

Aussprache:

Herr Markert zieht den Antrag zurück.

7.1.37. CDU & FDP: Sammelantrag Einsparungen

Protokoll:

Vor Beginn der Sitzung wurde seitens der antragstellenden Fraktionen eine modifizierte Fassung des Antrags eingebracht. Hier wurden einzelne Punkte zurückgezogen.

Aussprache:

Frau Schenke führt aus, dass mit den antragstellenden Fraktionen abgesprochen worden sei, das Budget für die Klimabäume auf 5.000 Euro zu reduzieren und die übrigen Mittel aus dem Programm „Ein Herz für Bäume“ bereitzustellen. Herr Wappenschmidt und Frau Borggräfe bestätigen dies.

Frau Borggräfe erfragt, weshalb die besprochene Streichung des Ansatzes „Zuschuss für Frauenhäuser“ von der Liste genommen worden sei, da die Verwaltung die Finanzierung der Frauenhäuser doch zugesichert habe. Kreisdirektor Brügge führt aus, dass die Finanzierung der Frauenhäuser gesichert sei. Herr Wappenschmidt bittet, diesen Teilantrag wieder aufzunehmen.

Es wird auf die folgenden Punkte verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.37.1. Bettenbeschaffung (Katastrophenschutz)

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
190	020.128.010	54314000	Bettenbeschaffung Katastrophenschutz	188.000 €	- 200.000 € (Übertragung nach 2027)

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.37.2. Gruppenprophylaxe: Zahnärztlicher Dienst

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
417	070.414.010	52910180	Gruppenprophylaxe: Zahnärztlicher Dienst	60.000 €	-30.000 €

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.37.3. Projekt Doppelt Gesund

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
417	070.414.010	5291160	Förderung „Rund um Gesund“	73.700 €	-17.000 €

Aussprache:

Antrag zurückgezogen

7.1.37.4. Freizeitmaßnahmen für Behinderte

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
329	050.331.010	53180130	Freizeitmaß- nahmen für Behinderte	10.650 €	-7.200 €

Aussprache:

Antrag zurückgezogen

7.1.37.5. Zuschuss Frauenhäuser

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
329	050.331.010	53180150	Zuschuss Frauenhäuser	0 €	-95.210

Aussprache:

Vgl. lfd. Nr. 7.1.37

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.37.6. EGH – Angemessene Schulausbildung

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
318	050.314.010	53393050	EGH – Angemessene Schulausbildung	6.643.729 €	-100.000 €

Aussprache:

Antrag zurückgezogen

7.1.37.7. Aufwand Inklusion

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
321	050.314.010	53393200	Aufwand Inklusion	7.145.546 €	-100.000 €

Aussprache:

Antrag zurückgezogen

7.1.37.8. Förderung ambulanter Pflegeeinrichtungen

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
335	050.331.011	53180020	Förderung ambulanter Pflegeeinrichtungen	1.600.000 €	-100.000 €

Aussprache:

Antrag zurückgezogen

7.1.37.9. Soziales Handlungskonzept

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
330	050.331.010	53180242	Soziales Handlungs- konzept	119.898 €	-380.102 €

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.37.10. Einzelhandelskonzept (Stadträume)

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)
451	090.511.010	52911010	Einzelhandels konzept (Stadträume)	0 €

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.37.11. Klimabäume

Protokoll:Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
521	130.555.020	54993071	Klimabäume	20.000 €	0 €
450	090.511.012	54993080	„Ein Herz für Bäume“	0 €	-15.000 €

Aussprache:

Vgl. lfd. Nr. 7.1.37

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.37.12. Umsetzung Förderprogramme für die Wirtschaft

Protokoll:Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
546	150.571.010	53150000	Zusch laufende Zw a kom Sonderrechnungen	1.160.000 €	-400.000 €

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.37.13. Leasing Gebühren (Endgeräte Schulen)

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
124	010.111.123	54230000	IuK – Leasing	1.404.480 €	-200.000 €

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.37.14. Verein für Sport und Bildung (Sponsoring)

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
436	080.421.010	54995000	Mitgliedbeiträge Partner für Sport und Bildung (Sponsoring)	500 €	-5.000 €

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.37.15. Olympiastützpunkt

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Ansatzänderung:

Seite	Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz(neu)	Veränderung
436	080.421.010	54995000	Regionalgemeinschaft Olympiastützpunkt	15.000 €	- 7.500 €

436	080.421.010	53180470	Zuschüsse zur Förderung des Sports	631.843 €	+ 7.500 €
-----	-------------	----------	---------------------------------------	-----------	-----------

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

7.1.38. CDU & FDP: RWE-Aktien

Protokoll:

Anfrage:

Der Rhein-Kreis Neuss war ursprünglich Eigentümer von RWE-Aktien, die dann jedoch im Zuge der Fusion des Neusser Lukas-Krankenhauses mit den Rhein-Kreis Neuss-Kliniken an das neu gegründete Rheinland Klinikum übertragen wurden. Im vergangenen Jahr wurde davon gesprochen, dass der Rhein-Kreis Neuss die Aktien eventuell zurückerwerben könnte. Dies führt uns zu folgenden Fragen, um deren Beantwortung wir höflichst im Rahmen der Sitzung des Finanzausschusses am 10.März 2026 bitten:

1. Wie ist der aktuelle Stand?
2. Gibt es weiterhin Pläne, die RWE-Aktien vom Rheinland-Klinikum zurück zu erwerben?
3. Wenn ja, wann ist damit zu rechnen, dass die Übertragung vollzogen wird und sich die Aktien wieder im Vermögen des Kreises befinden werden?

Aussprache:

Landrätin Reinhold führt aus, dass die Anfrage im nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt N 6.1 besprochen werde.

7.1.39. UWG/FW-Zentrum: Bilanzierungshilfe NKF-CUIG

Protokoll:

Antrag:

Die Abschreibung erfolgt nicht wie dargestellt über 10 Jahre sondern wird einmalig abgeschrieben.

Aussprache:

Herr Thiel zieht den Antrag zurück

7.1.40. UWG/FW-Zentrum: Kreisumlagehebesatz

Protokoll:

Antrag:

Die Kreistagsgruppe UWG/FW-Zentrum beantragt den Kreisumlagehebesatz auf 36% festzusetzen.

Aussprache:

Herr Thiel zieht den Antrag zurück

7.1.41. SPD: Umsetzung eines globalen Minderaufwands

Protokoll:

Antrag:

In den Haushaltsplan für das Jahr 2026 wird eine pauschale Kürzung von Aufwendungen von zwei Prozent der Summe der ordentlichen Aufwendungen veranschlagt (globaler Minderaufwand).

Modifizierter Antrag:

Frau Borggräfe modifiziert den Antrag wie folgt: Im Haushaltsplan für das Jahr 2026 wird eine pauschale Kürzung der Aufwendungen von 0,5 Prozent der Summe der ordentlichen Aufwendungen veranschlagt (globaler Minderaufwand). Die Kreisumlage wird auf 35,87 % festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Gegenstimmen: Die Linke/Die Partei (4)

Enthaltungen: AfD (9)

7.1.42. Antrag zur Förderung der Teilnahme an den SO-Nationalen Spielen 2026

Protokoll:

Frau Schenke macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um ungefähr 10.000 Euro handle. Ein Teil könne durch die Mittelumschichtung aus Tagesordnungspunkt 7.1.37.15 decken; der Restbetrag könne aus verfügbaren Haushaltsmitteln gedeckt werden.

Herr Brügge führt aus, dass die Mittel aus Tagesordnungspunkt 7.1.37.15 hierfür nicht genutzt werden könnten. Jedoch könnten aus anderen Bereichen etwa 5.000 Euro zur Deckung herangezogen werden.

Frau Borggräfe merkt an, dass unter Tagesordnungspunkt 7.1.37.5 zusätzlich 95.210 Euro eingespart worden seien. Hiervon könnten 5.000 Euro zur Deckung des Antrags verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen: AfD (9)

7.1.43. AFD: Warengruppen- und Vertragsmanagement

Protokoll:

Antrag:

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss beschließt:

1. Die Verwaltung richtet ein verbindliches Warengruppen- und Vertragsmanagement für Liefer- und Dienstleistungen ein (inkl. zentralem Vertragsregister, Rahmenverträgen, Abruf-/Compliance-Regeln und Preis-/Leistungscontrolling).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Umsetzungsplan (Warengruppenliste, Priorisierung, Zeitplan, Ressourcen) vorzulegen und mindestens 70% der adressierbaren Volumina auf Rahmenverträge zu überführen.
3. Einsparziele: mindestens 3 – 7% auf die adressierbare Sach-/Dienstleistungsbasis (jährlich), nachweisbar über ein Einsparcontrolling.

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
Zustimmung: AfD (9)

7.1.44. AFD: Einführung eines kreisweiten Energiemanagementsystems

Protokoll:

Antrag:

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss beschließt:

1. Einführung eines kreisweiten Energiemanagementsystems (Verbrauchsmonitoring, Betriebsoptimierung, Energiebeschaffung, Nutzerprogramme).
2. Prüfung und – bei Wirtschaftlichkeit – Umsetzung von Energiespar-Contracting in priorisierten Liegenschaften.
3. Ziel: 15-20% Einsparung der Energie- und Wasserkosten innerhalb von 24 Monaten, nachweisbar über Baseline und Monitoring.

Aussprache:
keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
Zustimmung: AfD (9)

7.1.45. AFD: Software und Lizenzkostensteuerung

Protokoll:

Antrag:

1. Aufbau eines verbindlichen Software Asset & Lizenzmanagements inkl. vollständigem Inventar (gekauft/genutzt), standardisiertem Tool-Portfolio und Freigabeprozess für neue Software/Cloud-Dienste.
2. Ziel: binnen 18 Monaten 5 -15% Einsparung der adressierbaren Lizenz-/Softwarebetriebskosten und messbare Reduktion ungenutzter Lizenzen.

Aussprache:
keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
Zustimmung: AfD (9)

7.1.46. AFD: Sozialtransfersteuerung und verwandte Leistungen

Protokoll:

Antrag:

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss beschließt:

1. Erstellung/Update eines rechtssicheren Steuerungs- und Kontrollkonzepts. Angemessenheits-/Verfahrensregeln, Prüfroutinen, Datenqualität, Prävention von Wohnungsverlust, Schnittstellen Jobcenter/Sozialamt/Wohnungswesen.
2. Prüfung der Netto-Wirkung im Verbund (Bundesbeteiligung, kommunale Beteiligungen, Wohngeldkompensation) und Festlegung eines realistischen Einsparziels.
3. Ziel: 0,5- 2,0% Reduktion der Brutto-KdU-Aufwendungen binnen 24–48 Monaten, ohne Erhöhung von Folgekosten (Notunterbringung).

Aussprache:
keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
Zustimmung: AfD (9)

7.1.47. AFD: Zuwendungs- und Subventionsreview im Kreis

Protokoll:Antrag:

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss beschließt:

1. Durchführung eines jährlichen Zuwendungs- und Spending-Reviews (Inventar, Ziel/ Wirkung, Priorisierung, Sunset/Verlängerungslogik).
2. Für alle freiwilligen Förderungen ab einer Schwelle (z. B. 50 T€ p. a.) gilt: Verlängerung nur bei nachgewiesener Wirkung, Standardkostenmodell oder Ausschreibungs-/Pauschalmechanismus.
3. Ziel: 3-8% Reduktion der review-fähigen Zuschussausgaben binnen 24–36 Monaten oder gleichwertige Wirkung bei geringerem Mitteleinsatz.

Aussprache:

keine Wortbeiträge

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
Zustimmung: AfD (9)

7.2. Wunschlistenanträge
Vorlage: 20/0604/XVIII/2026

Protokoll:

Herr Wappenschmidt führt aus, dass die Politik die im Entwurf bereits berücksichtigte Erhöhung der Förderung befürworte. In der aktuellen Haushaltslage sei es jedoch nicht möglich, den Anträgen zu entsprechen. Er regt an, die Anträge gemeinsam abzustimmen. Dies wird einstimmig beschlossen.

Frau Schenke bittet die Verwaltung um Prüfung, ob nicht genutzte Mittel aus dem Verhütungsmittelfonds Donum Vitae zur Verfügung gestellt werden könne.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

- 7.2.1. Wunschlistenantrag „Frauen helfen Frauen e.V.“ - Gewährung eines Zuschusses zu den Betriebskosten der Beratungsstelle für Frauen im Rhein-Kreis Neuss sowie für die Fortführung der Präventionsarbeit gegen sexualisierte Gewalt im RKN
Vorlage: 50/0484/XVIII/2026

Protokoll:

Antrag:

Mit Antrag vom 1. Oktober 2025 beantragte der Verein „Frauen helfen Frauen e.V. RKN“ für die Frauenberatungsstelle eine Gesamtzuwendung in Höhe von 206.950,00 Euro. Davon entfallen auf den Bereich Frauenberatung 190.856,00 Euro und auf die Fortführung des Projektes gegen sexualisierte Gewalt 16.094,00 Euro.

Es ergibt sich zwischen der beantragten Zuwendungshöhe und den veranschlagten Mitteln für den Haushalt 2026 ein Saldo in Höhe von 6.020,00 Euro.

Aussprache:

Siehe lfd. Nr. 7.2

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

- 7.2.2. Wunschlistenantrag „Frauen beraten/donum vitae e.V. Rhein-Kreis Neuss“ - Gewährung eines Zuschusses zu den ungedeckten Personalkosten der Schwangerschaftskonfliktberatung
Vorlage: 50/0485/XVIII/2026

Protokoll:

Antrag:

Mit Antrag vom 19. November 2025 beantragte der Verein „Frauen beraten – donum vitae e.V.“ für die Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle eine Förderung in Höhe von 78.354,00 Euro.

Es ergibt sich zwischen der beantragten Zuwendungshöhe und den veranschlagten Haushaltsmitteln für 2026 ein Saldo von 33.094,00 Euro.

Aussprache:

Siehe lfd. Nr. 7.2

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

- 7.2.3. Wunschlistenantrag des SKM Neuss e.V. - Förderung einer Vollzeitstelle plus Sachkostenpauschale für eine "Anlaufstelle für von Gewalt betroffene Männer und Männer in Krisen im Rhein-Kreis Neuss"
Vorlage: 50/0486/XVIII/2026

Protokoll:

Antrag:

Mit Antrag vom 22. Dezember 2025 bittet der Sozialdienst katholischer Männer Neuss e.V. (SKM Neuss e.V.) um die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 91.052,89 Euro zur Fortführung des Beratungsangebotes der „Anlaufstelle für von Gewalt betroffene Männer und Männer in Krisen im Rhein-Kreis Neuss“ für den Zeitraum 1. Juni 2026 bis 31. Mai 2027.

Aussprache:

Siehe lfd. Nr. 7.2

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

- 7.2.4. Wunschlistenantrag zur Finanzierungsanpassung der Schuldnerberatungsstellen
Vorlage: 50/0487/XVIII/2026

Protokoll:

Antrag:

Zur Finanzierung des Mehraufwandes in Höhe von 18.800 Euro wird im Namen der Träger der Schuldnerberatungsstellen im Rhein-Kreis Neuss beantragt, die Mittel für das Jahr 2026 von 512.350 Euro auf 531.150 Euro aufzustocken.

Aussprache:

Siehe lfd. Nr. 7.2

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

Die Erweiterung des Stellenplans wird in der nächsten Kreistagssitzung vorgelegt (7.1.9, 7.1.15, 7.1.26).

Gez.
Andrea Kunath
Schriftführung

Gez.
Jens Borchers
Schriftführung